

# VERBLASST DAS JAKOBINISCHE GESELLSCHAFTSIDEAL?

**JOSEPH JURT** || Was kann man unter dem jakobinischen Gesellschaftsideal verstehen? Ich denke, man kann hier drei Aspekte unterscheiden: zunächst einmal die Säkularreligion der Nation, die eine Bindekraft entfaltet und soziale Kohäsion schafft; dann das unmittelbare Verhältnis des Bürgers zum Staat ohne Vermittlungsinstitutionen und schließlich die zentralistische Organisation des Staates. Bestimmen diese Prinzipien, die auf das Konzept der modernen Nation zurückgehen, die durch die Französische Revolution entstand, heute noch die Gesellschaft unseres Nachbarlandes oder gehören sie endgültig der Vergangenheit an? Eine Antwort darauf ist nicht einfach.

## **DIE IDEE DER NATION ALS SÄKULARRELIGION**

Die Idee der Nation als Bürgernation, so wie sie im Kontext der Französischen Revolution entstand, wurde zu einer Orientierungsmatrix, die eine Identitätswirkung auslöste, welche nur mit der zu vergleichen ist, die das Christentum während Jahrhunderten ausübte. Die Idee der Nation bestimmte nicht nur das Leben, sondern auch die Bereitschaft zum Opfertod (*pro patria mori*). Das moderne Nationalbewusstsein, das sich damals ausbildete, übte eine dem konfessionellen Wir-Bewusstsein ähnliche identitäre Funktion aus. Die Nation wurde zum Objekt einer Sakralisierung.

Die neue, nationale Identitätsvorstellung artikulierte die Opposition zum Ancien Régime – ähnlich wie zur Zeit der Reformation – mit der symbolischen Waffe des Bildersturms, der allerdings nach einer ersten Welle der Gewalt rationalisiert wurde und sich auf das Emblematische beschränkte.

Das Pathos des Neubeginns ging bis zur Schaffung eines neuen Kalenders, der den bisherigen Zeitrhythmus radikal verändern sollte. Robespierre unterstrich, dass man bei den Repräsentationsformen früherer Systeme keine Anleihen machen könne: „Die Theorie der revolutionären Regierung ist so neu wie die Revolution, die sie hervorgebracht hat. Wir brau-

chen danach nicht in den Büchern politischer Schriftsteller zu suchen, die diese Revolution nicht vorausgesehen haben, und auch nicht in den Gesetzbüchern von Tyrannen, denen es genügte, ihre Macht zu missbrauchen und die sich wenig um den Nachweis ihrer Legitimität scherten.“<sup>1</sup>

Die Idee des totalen Bruchs mit der Vergangenheit, der Wille, eine völlig neue Ordnung zu begründen, waren in der Tat konstitutiv für das neue Selbstverständnis der französischen Republik. Ihr zentrales Credo war, nach Mona Ozouf, die Idee der alterslosen Revolution; jede Generation könne sich als erste betrachten und die Revolutionäre seien Kinder ohne Mutter, gemäß dem Motto aus Montesquieus „Esprit des lois (prolem sine matre creatam)“, sie seien in der Lage, die soziale und politische Ordnung völlig neu zu konzipieren. Die Franzosen suchten so ihre republikanische Identität im Bruch mit der Zeit, d. h. der Vergangenheit, während die Vereinigten Staaten sich in der räumlichen Trennung vom „Mutterland“ konstituierten.<sup>2</sup>

Die Nation, die sich nun als eigenständiges Subjekt verstand, musste sich ihre Symbole selber schaffen. Sie tat dies teils durch die Substitution katholischer Riten durch rationalistische Gegenmodelle, häufig in antiker Einkleidung (Fest des höchsten Wesens) oder durch die

Säkularisierung christlicher Kultformen (etwa durch den Märtyrerkult, den man Marat widmete, dessen Statue an die Stelle der Heiligenstatuen trat).<sup>3</sup>

Zu den neuen offiziellen Symbolen, die der moderne Nationalstaat, der aus der Französischen Revolution hervorging, sich zu eigen machte, zählten vor allem die Trikolore, die Marseillaise und die Figur der Freiheit, die zur Verkörperung der Republik wurde. Im Kontext der neoklassischen Antikenrezeption hatte die weibliche Allegorie der Freiheit mit den der *manumissio* entlehnten Attributen der phrygischen Mütze (*pileus*) auf einem Stabe (*vindicta*) zuerst Eingang in die Formensprache der jungen amerikanischen Republik gefunden und wurde von der Ersten Französischen Republik übernommen. Auch das Symbol der phrygischen Mütze (für uns Jakobinermütze) war anglo-amerikanischen Ursprungs und wurde von der Französischen Revolution über diesen Umweg rezipiert.<sup>4</sup>

Dieser neue Typus von Symbolen hatte nicht mehr bloß eine unmittelbare Funktion als Erkennungszeichen in der kriegerischen Auseinandersetzung, verwies auch nicht auf ein Herrschergeschlecht, sondern übersetzte das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger, die nun die Quelle der Souveränität darstellten und das Geschick der Nation mitbestimmten.

Die Sakralisierung der Nation bewirkte unzweifelhaft, dass der Wille einer grundlegenden Neugestaltung der politischen Ordnung im Sinn einer Partizipation aller Bürger gegen die Privilegienordnung des Ancien Régime irreversibel wurde. Die unbedingte Schärfe der internen Abgrenzung erklärt auch den missionarischen Charakter, den die Revolution annahm.

Was erstaunt, ist, dass selbst Geister, die dem Christentum nahestanden, die säkularisierte Religion der Nation bestätigten, indem sie den Tod für das Vaterland mit dem Opfertod Christi in Verbindung brachten. Die Ausführungen von Joseph de Maistre in den *Soirées de Saint-Petersbourg* zeugen davon.

Emile Durkheim hat seinerseits sehr klar gesehen, wie die Säkularreligion der Nation den Platz des Christentums einnahm, um die Kohärenz der Gesellschaft zu garantieren. „Zwischen der Wissenschaft und dem Glauben gibt es

Zwischenbereiche; es sind dies gemeinsame glaubensähnliche Haltungen aller Art in Bezug auf scheinbar weltliche Gegenstände wie die Nationalflagge, das Vaterland, bestimmte politische Organisationsformen, bestimmte Helden oder historische Ereignisse. [...] Sie sind in einem gewissen Sinn nicht von spezifisch religiösen Glaubensüberzeugungen zu unterscheiden.“<sup>5</sup>

Entfaltet die Säkularreligion der Nation heute noch in Frankreich diese Bindekraft? Zweifellos findet man am Nationalfeiertag, dem 14. Juli, mit der Parade auf den Champs-Élysées eine noch relativ ungebrochene Form der Selbstdarstellung der Nation, der man kaum anderswo in Europa so begegnet. Aber schon beim Bicentenaire der Französischen Revolution, 1989, entfalteten die alten Symbole nicht mehr die ungebrochene Wirkung. Damals fiel der spielerische Umgang mit diesem Erbe auf, etwa wenn man in Läden Mini-Guillotinen feilbot. Das stand im Gegensatz zum Ernst der Debatten über die Nationalsymbole in den osteuropäischen Ländern, die nach der Implosion des Sowjet-Imperiums ihre volle Souveränität wieder erreichen konnten.<sup>6</sup>

Vor allem seit der Jahrhundertwende finden die Nationalsymbole in Frankreich nicht mehr fraglose Resonanz bei den Bürgern. Anlässlich eines Freundschaftsspiels im Stade de France zwischen den Fußball-Nationalmannschaften von Frankreich und Algerien am 6. Oktober 2001 wurde die *Marseillaise* ausgepiffen und die Sportministerin, die Ruhe schaffen wollte, mit einer Wasserflasche beworfen. Am 11. Mai 2002 wurde die Nationalhymne anlässlich eines Spiels zwischen dem SC Bastia und dem FC Lorient von korsischen Fans ausgepiffen. Staatspräsident Chirac verließ die Tribüne, das Spiel wurde unterbrochen und erst nach einer Entschuldigung des Präsidenten der Französischen Fußball-Federation wieder aufgenommen. Im März 2003 wurde dann in einem Gesetz der „outrage au drapeau ou à l’hymne national“ zu einem Delikt erklärt. Die Nationalhymne wurde aber auch weiterhin ausgepiffen: 2007 in Spielen mit Italien und Marokko, 2008 bei einem Freundschaftsspiel mit der Mannschaft von Tunesien. Die Regierung erklärte darauf, dass jeder Sportanlass, bei dem die Nationalhymne ausgepiffen werde, sofort abgebrochen werde.

Im Dezember 2010 wurde ein junger Algerier, der eine Fahnenstange mit der Trikolore zerbrochen hatte, erstmals im Geltungszeitraum des neuen Gesetzes zu einer Strafe verurteilt. In den USA hat im Übrigen der Oberste Gerichtshof festgehalten, dass die Profanation des Sternbanners kein Delikt darstelle und durch das Prinzip der Meinungsfreiheit geschützt sei.

Die hier geschilderten Vorgänge belegen, dass die Säkularreligion der Nation sich abgeschwächt hat. Man hat festgestellt, dass vor allem Jugendliche maghrebischer Herkunft aus den Banlieues die Nationalhymne auspfeifen. Sie sind besonders von sozialem Ausschluss und Arbeitslosigkeit betroffen. Sie vermögen sich nicht mehr mit der Nation und ihren Symbolen zu identifizieren. Das Problem ist vor allem sozialer und nicht so sehr politischer Natur.<sup>7</sup>

Es lässt sich so in der Tat feststellen, dass sich die jakobinische Säkularreligion der Nation abgeschwächt hat. Die soziale Kohäsion ist schwächer geworden, was sich andererseits in einem Anwachsen nationalistischer, ja rassistischer Reaktionen gegenüber denjenigen äußert, die sich ausgeschlossen fühlen und es oft auch sind.

### DER BÜRGER ALS UNMITTELBARER ANGEHÖRIGER DES STAATES

Frankreich war seit seiner Konstitution als Nation zu Beginn der Neuzeit eine Staatsnation. Die Kultur war ein Attribut, nicht jedoch das Fundament der Nation. Als die Nationalversammlung 1789 die Souveränität der Nation ausrief, da wurde die Mitgliedschaft in dieser souveränen Nation in der politisch-rechtlichen Form der Staatsbürgerschaft und nicht im Sinne einer ethnischen Zugehörigkeit zu einem Volk vertreten. Die Grenzen der Nation waren diejenigen des Staates, dessen Souveränität sie selbst legitimierte. Die Zugehörigkeit war nur in ihrem politischen Aspekt kodifiziert. „Die bürgerrechtliche Dimension blieb unkodifiziert. Dies verursachte in der frühen Revolutionszeit keine Probleme, denn die Verfassung von 1791 garantierte Nicht-Staatsangehörigen die gleichen wesentlichen Bürgerrechte wie den Staatsbürgern: die Erb- und Vertragsfreiheit, die Freiheit der Person, des Eigentums und der Religion und die Gleichheit vor dem Gesetz.“<sup>8</sup>

Im Ancien Régime gab es eine Vielfalt von Rechtshoheiten und Körperschaften und damit auch eine Vielzahl von Zugehörigkeiten. Die Revolution fegte diese zwischengeschalteten Institutionen, die Privilegien verleihen konnten, weg und stellte das Individuum unmittelbar dem Staat, der die Nation politisch organisierte, gegenüber. Die Revolutionäre folgten hier Rousseau und nicht Montesquieu. In Rousseaues Augen war die Abhängigkeit von anderen eine Quelle der Unfreiheit. Die intermediären Körperschaften zwischen dem Individuum und dem Staat verhinderten den Menschen, frei zu sein und sollten darum abgeschafft werden. Der Bürger, direkter Ausdruck der *volonté générale*, sollte darum – im Gegensatz zu England – unabhängig von allen zwischengeschalteten Körperschaften sein und in enger und direkter Beziehung zum Staat bleiben.

„Die Staatsbürgerschaft ist wie die Nation ein unteilbares Ganzes“, schreibt die Soziologin Dominique Schnapper. „Sie muss vom Zentralstaat organisiert und garantiert werden, der Ausdruck der *volonté générale* ist und der auch die Gesellschaft hervorbringt.“<sup>9</sup> Die Verfassung von 1791 definiert in Titel III, Artikel I klar die Unteilbarkeit der nationalen Souveränität: „La souveraineté est une, indivisible, inaliénable et imprescriptible. Elle appartient à la nation; aucune section du peuple, aucun individu ne peut s'en attribuer l'exercice.“ In Frankreich ist der Bürger unmittelbarer Angehöriger des Staates; keine Körperschaft kann Teil-Souveränität beanspruchen. Diese neue unmittelbare Staatsbürgerschaft erlaubte dem Staat die direkte Besteuerung, die Heranziehung jeden Bürgers zum Militärdienst sowie direkte Anordnungen an Fremde.

Dieses unmittelbare Verhältnis vom Bürger zum Staat ohne dazwischengeschaltete Körperschaften äußert sich auch in der leichten Einbürgerung, die auf dem *ius soli* beruht (allerdings mit der Forderung eines mindestens 5-jährigen Aufenthalts im Lande). Dieses sehr liberale Einbürgerungsgesetz stammt indes erst aus dem Jahre 1889. Vorher galt in Frankreich das *ius sanguinis*. Man wurde Franzose durch Abstammung. Das führte dazu, dass die Situation der Söhne von Einwandern, die in Frankreich zur Welt kamen, vorteilhafter war als die der fran-

zösischen Altersgenossen. Die Söhne von Ausländern mussten keinen Militärdienst leisten und waren darum früher auf dem Arbeitsmarkt präsent. Mit dem Gesetz vom 26. Juni 1889 wurde das *ius soli* eingeführt. Die in Frankreich von ausländischen Eltern geborenen Kinder wurden mit dem Erreichen der Mündigkeit Franzosen. Es blieb ihnen die Frist von einem Jahr, um diese Einbürgerung abzulehnen und die alte Staatsbürgerschaft zu behalten.<sup>10</sup> Mit diesem Einbürgerungsgesetz wird die Distanz zwischen den Einheimischen und den *Fremden* stärker markiert. Die Staatsbürgerschaft meint nun auch eine explizite Zugehörigkeit zum Staat (mit dem Wahlrecht und der Militärpflicht). Gérard Noiriel unterstreicht in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es zwischen dem *ius sanguinis* und dem *ius soli* keinen qualitativen Unterschied gibt. Länder mit großen Auswandererquoten wie Deutschland und Italien bevorzugen das *ius sanguinis*, um so auch die ausgewanderten Landsleute zu *behalten*. In Frankreich gab es ab Ende des 19. Jahrhunderts kaum eine Auswanderungsbewegung wie in den meisten anderen europäischen Ländern. Darum wollte man die Einwanderer über das *ius soli* einbürgern, dies auch, um über mehr Soldaten zu verfügen, was auch darum als wichtig erschien, weil Frankreich demographisch gegenüber Deutschland enorm ins Hintertreffen geraten war. Es handelte sich nicht so sehr um eine großzügige Politik im Sinne der Menschenrechts-Deklaration, sondern, wie Gérard Noiriel schreibt, „une politique annexionniste, qui vise non pas un territoire mais une population.“<sup>11</sup>

Daher ist es nicht sinnvoll, dem französischen *ius soli*, das ja erst 1889 zur Norm wurde und dies aus demographisch-militärischen Gründen, einen höheren moralischen Stellenwert zuzuschreiben als dem deutschen *ius sanguinis*.<sup>12</sup> Tatsache bleibt indes, dass in Frankreich geborene Söhne und Töchter mit 18 Jahren automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen, während sie in Deutschland erst ein Gesuch stellen müssen.

Gleichzeitig sind dazwischengeschaltete Körperschaften aufgrund der Unmittelbarkeit des Citoyen zum Staat verpönt. Das Stichwort, das immer wieder beschworen wird, ist das des

Kommunitarismus, die Angst, eine Gruppe würde sich innerhalb der „République une et indivisible“ absondern. Die Staatsbürgerschaft allein vermag aber nicht die Integration zu schaffen. Gruppen oder Gemeinschaften, die gewisse kulturelle Eigenschaften teilen, könnten aber dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Wenn in Deutschland die politische Integration über die Erlangung der Staatsbürgerschaft schwieriger ist, so gelingt doch die wirtschaftliche Integration besser. „Die jungen Leute in Vororten großer Städte sind – anders als die meisten jungen Türken in Berlin – Franzosen, und sie sind als Franzosen diskriminiert“, bemerkt dazu Alfred Grosser. „Als Franzose diskriminiert zu sein aber ist noch schlimmer, als als Ausländer diskriminiert zu sein. Diese Leute kommen nicht aus ihren ‚Ghettos‘ heraus und haben keine Berufschancen. In den letzten Jahren sehen sie sich einer Polizei gegenüber, die sie nur angreift und brandmarkt. Manche von diesen suchen eine neue Identität. Und finden sie im Islam – nicht, weil sie Islamisten wären, sondern weil sie von Frankreich, ihrem Vaterland, schlecht behandelt worden sind.“<sup>13</sup>

Die Angst vor dem Kommunitarismus bestimmt auch die Sprachpolitik Frankreichs. 1991 schuf man eine eigene Gebietskörperschaft auf Korsika. Im Artikel I des dazu erlassenen Gesetzes sprach man von Korsika als einer „lebendigen, historisch gewachsenen kulturellen Gemeinschaft“, die aus dem „korsischen Volk als einem Bestandteil des französischen Volkes“ bestehe. Der Verfassungsrat erklärte diesen Gesetzestext als mit dem Prinzip der unteilbaren Republik nicht vereinbar.<sup>14</sup> Ein Jahr danach hob man die französische Sprache auf Verfassungsrang: „Le français est la langue de la République.“ Die Charta des Europa-Rates hinsichtlich der Rechte der Minderheitensprachen wurde gleichzeitig vom französischen Verfassungsrat als nicht verfassungskonform betrachtet. Auch hier wieder die Angst vor dem Kommunitarismus. Auch die Ursprungssprachen der Einwanderer werden so behandelt wie die Dialekte, die man leicht herablassend *patois* nennt. Der Diskurs über die Nationalsprache ist so seit zwei Jahrhunderten, schreibt Anne-Marie Thiesse, durch die Angst vor einem Aufbrechen der Einheit der Nation vermittels der Ko-Existenz

mehrerer Sprachen geprägt. Man erkennt dabei, dass gerade die Förderung der Zweisprachigkeit einen großen Vorteil darstellt.<sup>15</sup>

Hinsichtlich des unmittelbaren Verhältnisses des Bürgers zum Staat kann man sagen, dass man zu sehr an diesem jakobinischen Prinzip festhält. Zum Nachteil der Integration.

### DAS PRINZIP DES ZENTRALISMUS

Das Prinzip der zentralistischen Organisation des Staates wird ebenfalls vom Konzept der unteilbaren Souveränität der Nation abgeleitet. Dieses Prinzip entwickelte sich seit der absoluten Monarchie und wurde durch die Französische Revolution noch verstärkt. Der Begriff des Jakobinismus verbindet sich gerade mit dem extremen Zentralismus, mit der Konzentration der gesamten politischen Gewalt in Paris und einer totalen administrativen, juristischen und kulturellen Uniformität des Landes.

Mit der Loi Defferre von 1982 wurde eine sehr moderate Dezentralisierung veranlasst. Doch die Kompetenzen, die man den Regionen und den Départements zusprach, waren sehr begrenzt und sind nicht vergleichbar mit denen, die Regionen oder Bundesländer in föderalistisch organisierten Staaten kennen. Der bretonische Politiker Christian Troadec fordert so für die Bretagne eine Regionalisierung mit mehr „institutioneller und finanzieller Autonomie“. Um zu verdeutlichen, wie groß noch die Bevormundung durch Paris ist, vergleicht er die Bretagne mit Schottland. Schottland habe etwa gleich viel Einwohner, könne indes über ein Budget von 44 Milliarden autonom verfügen, während die Mittel der Bretagne sich nur auf eine Milliarde belaufen.<sup>16</sup>

In Frankreich wird die Idee der Gleichheit sehr hochgehalten; gleichzeitig befürchtet man, dass sich in den Provinzen Lokalfürsten etablieren könnten, die mehr partikuläre Interessen vertreten. Die zentralistische Organisation des Staates erklärt auch das beliebte Doppelmandat von Politikern als *Député-Maire*: Der Bürgermeister einer großen Stadt ist oft gleichzeitig Mitglied der Nationalversammlung. Man erhofft so vom Bürgermeister, dass er sich für seine Stadt bei der Zentralregierung einsetzt.

Frankreich betreibt auch eine sehr aktive Kulturpolitik, deren Budget weit höher ist als

die der meisten europäischen Nationen. Aber auch diese ist zentralstaatlich konzipiert. Seit ein paar Jahren werden alle Forschungszentren der französischen Universitäten evaluiert. Damit wird eine nationale Organisation beauftragt, die AERES (Agence d'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur), die diese Evaluation in ganz Frankreich nach demselben Schema vornimmt.

Es gibt aber auch schon Widerstände gegen diesen Zentralismus. So etwa die Protestaktion der Bretonen im Oktober 2013, die nicht bloß eine soziale Bewegung war, sondern Bretonen fast aller Parteien und sozialen Gruppen umfasste, die gegen die Einführung einer Schwerkverkehrsabgabe in der Bretagne und gegen die Schließung von Agrarbetrieben demonstrierten. Dabei forderte man auch mehr Autonomie für die Region. Mit der Zerstörung von Mautstellen wurde indirekt auch die Hoheit des Zentralstaates in Frage gestellt. Die kilometerabhängige neue Maut wurde als illegale Steuer des französischen Staates gegenüber der „bretonischen Nation“ bezeichnet. Mit den roten Mützen, die die Protestierenden trugen, erinnerten sie an den Widerstand der Bretonen gegen eine neue Steuer, die Ludwig XIV. 1675 eingeführt hatte.<sup>17</sup>

Die nach wie vor sehr zentralistische Organisation des Staates in Frankreich steht in einem gewissen Widerspruch zu anderen Bewegungen in Europa, etwa in Spanien oder in England, die allerdings bis zu einem Separatismus der Regionen führen könnten. Die zentralistische Organisation steht aber auch in Widerspruch zum Prinzip der Subsidiarität, die zu einem Grundsatz der EU erklärt wurde.

Das jakobinische Prinzip des Zentralismus bestimmt letztlich immer noch weitgehend die Organisation des französischen Staates. Diese Organisationsweise hat zweifellos ihre Schwächen und Schwerfälligkeiten, die oft mit den Schwerfälligkeiten und Schwächen der Verwaltung zusammenhängen, gegenüber der sich Politiker als ohnmächtig empfinden.<sup>18</sup>

Das Fazit ist gemischt: Das kohäsionsstiftende jakobinische Prinzip der Säkularreligion der Nation hat an Bindekraft verloren. Das jakobinische Prinzip der Unteilbarkeit der Souveränität, das keine intermediären Körperschaften zwischen dem Staat und dem Bürger toleriert,

sowie die ebenfalls von diesem Prinzip abgeleitete zentralistische Organisation des Staates bestimmen nach wie vor die französische Gesellschaft, nicht unbedingt zu ihrem Vorteil.

---

**|| PROF. DR. DR. H.C. JOSEPH JURT**

emeritierter Professor für französische Literaturwissenschaft, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg

---

**ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> Fink, Gonthier-Louis: Die Problematik der französischen nationalen Identität in der Zeit des Umbruchs zwischen Ancien Régime und Thermidor (1750-1794), in: Identitäten. Erfahrungen und Fiktionen um 1800, hrsg. von Gonthier-Louis Fink und Andreas Klinger, Bern u. a. 2004, S. 17.
- <sup>2</sup> Ozouf, Mona: L'idée républicaine et l'interprétation du passé national, in: *Le Monde*, 19.6.1998, S. 14. Das Motto „problem sine matre creatam“, das Montesquieu seinem *Esprit des lois* voranstellte, stammte aus Ovids *Metamorphosen* II, 553, und unterstrich den Anspruch des Autors, für sein Werk gebe es keine Vorbilder.
- <sup>3</sup> Vgl. Herding, Klaus: *Im Zeichen der Aufklärung. Studien zur Moderne*, Frankfurt a. M. 1989, S. 95-126: „Davids ‚Marat‘ als dernier appel à l'unité révolutionnaire“.
- <sup>4</sup> Vgl. Jurt, Joseph: Die Allegorie der Freiheit in der französischen Tradition, in: *Nationale Mythen – kollektive Symbole. Funktionen, Konstruktionen und Medien der Erinnerung*, hrsg. von K. Knabel, D. Rieger und S. Wodianka, Göttingen 2005, S. 113-126. Die Phrygische Mütze war zunächst die Kopfbedeckung der alten Phrygier (eine kegelförmige, hohe Mütze mit nach vorn geneigter ausgestopfter Kuppe, an den Ohren oft mit zwei schmalen Laschen versehen). Die Jakobiner assoziierten sie mit dem pileus, der Kopfbedeckung, die den befreiten Sklaven in der Antike auszeichnete; die rote Mütze wurde von ihnen als Symbol der Freiheit und der republikanischen Gesinnung getragen.
- <sup>5</sup> Durkheim, Emile: De la définition des phénomènes religieux, in: *L'année sociologique*, 2, 1897-1898, S. 20: „Entre la science et la foi il existe des intermédiaires; ce sont les croyances communes de toute sorte, relatives à des objets laïques en apparence, tels que le drapeau, la patrie, telle forme d'organisation politique, tel héros ou tel événement historique etc. ... Elles sont, dans une certaine mesure, indiscernables des croyances proprement religieuses.“ Zur Rolle der Nationalsymbole siehe auch Jurt, Joseph: Die Rolle der Nationalsymbole in Deutschland und Frankreich, in: *Marianne – Germania, Deutsch-französischer Kulturtransfer im europäischen Kontext 1789-1914*, hrsg. von E. François, M. C. Hook-Demarle, R. Meyer-Kalkus und M. Werner, Leipzig 1998, S. 141-155.
- <sup>6</sup> Vgl. Reichler, Claude: La réserve du symbolique, in: *Les Temps Modernes* 550/1992, S. 85-93.
- <sup>7</sup> Vgl. Marsaud, Cyril: L'hymne national sifflé dans les stades: une polémique française, in: [www.cafebabel.fr](http://www.cafebabel.fr), Stand: 24.11.2008. Man kann sich fragen, ob sich am 19. November 2013 etwas gewandelt hat, als die Fußballmannschaft Frankreichs im Zeichen der napoleonischen Losung

„Impossible n'est pas français“ den Sieg über die Mannschaft der Ukraine davontrug und sich für die Weltmeisterschaft in Rio de Janeiro qualifizierte. Nach dem Spiel stimmte die Mannschaft spontan die Marseillaise an, und 80 000 Zuschauer stimmten in den Jubelgesang ein und schwenkten die Trikolore-Fähnchen. Von einem neuen (stark übertriebenen?) Optimismus zeugte etwa die Reaktion der Regionalzeitung La Dépêche du Midi nach dem Spiel: „Wenn ‚Les Bleus‘ die sehr unwahrscheinliche Qualifikation gelungen ist, dann wird alles möglich: Vollbeschäftigung und ein zweistelliges Wachstum scheinen kaum mehr als ein Kinderspiel. Die Nation hat plötzlich einen Grund gefunden, an sich selbst zu glauben.“

<sup>8</sup> Brubaker, Rogers: Einwanderung und Nationalstaat in Frankreich und Deutschland, in: Der Staat 28/1989, S. 18.

<sup>9</sup> Schnapper, Dominique: La communauté des citoyens. Sur l'idée moderne de la nation, Paris 1994, S. 91: „La citoyenneté est comme la nation un tout indivisible, elle doit être organisée, garantie par un État centralisé, expression de la volonté générale, producteur de la société.“

<sup>10</sup> Thiesse, Anne-Marie: Faire les Français. Quelle identité nationale?, Paris 2010, S. 160-161.

<sup>11</sup> Noiriël, Gérard: A quoi sert l'identité nationale?, Marseille 2007, S. 22.

<sup>12</sup> Man hat immer wieder betont, dass im deutschen Selbstverständnis der Nation der ethnische Aspekt, sprich die Abstammung, neben den kulturellen Gemeinsamkeiten eine wichtige Rolle gespielt hat. Man hat darum die Tradition des deutschen *ius sanguinis* der französischen Tradition des *ius soli* entgegengesetzt. Das *ius sanguinis* war aber ein modernes Konzept, das man dem Territorialprinzip der absoluten Monarchie entgegengesetzte; es sollte Personen, die außerhalb des Staatsterritoriums geboren wurden, erlauben, die Staatsangehörigkeit der Eltern (bzw. des Vaters) beizubehalten. Selbst wenn es bisweilen auch ethnisch interpretiert wurde, hatte dieses Prinzip nichts mit dem späteren Rassismus der Nationalsozialisten zu tun. Die Opposition der Staatsbürgerschaftskonzepte in Frankreich und Deutschland ist keineswegs so radikal, wie oft behauptet wird. Die meisten Franzosen sind heute Franzosen, weil ihre Eltern Franzosen waren. Auch bei in Frankreich geborenen Ausländern verlangt man als Voraussetzung der Zuerkennung der französischen Staatsbürgerschaft einen Aufenthalt im Land von mindestens fünf Jahren, d. h. man setzt voraus, dass zum Land durch diesen Aufenthalt eine persönliche Beziehung entstanden ist. Frankreich wendet auch nicht ein systematisches *ius soli* an. Zweifellos ist die Einbürgerung in Frankreich leichter als in Deutschland, was auch auf einer optimistischen Sichtweise der Assimilati-

onsfähigkeit des Landes beruht. Man geht nach dem Soziologen Matthias Bös davon aus, dass sich der *Fremde* schnell integrieren kann und muss. Siehe hierzu Bös, Matthias: Ethnisierung des Rechts? Staatsbürgerschaft in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45/1993, S. 619-643; Jurt, Joseph: Allemagne-France: débat sur la nation. Les Français vus d'Allemagne, in: Commentaire 4/1996, S. 335-339.

<sup>13</sup> Grosser, Alfred: Gesellschaft und Politik in Frankreich und Deutschland, in: zur debatte 6/2013, S. 7.

<sup>14</sup> Nach Thiesse, Anne-Marie: Faire les Français. Quelle identité nationale?, Paris 2010, S. 109.

<sup>15</sup> Ebd., S. 112-113.

<sup>16</sup> Balmer, Rudolf: Rote Mützen und bretonische Fahnen, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.2013, S. 8.

<sup>17</sup> Vgl. Rist, Manfred: Die Bretagne wird zum Brennpunkt der Unzufriedenheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.11.2013, S. 3; auch Le Bourdonnec, Yanick: Halte à la gauche centralisatrice!, in: Le Monde, 14.11.2013 sowie die Gegenposition von Morvan, Françoise: Bonnets rouges: des dérives autonomistes derrière les revendications sociales, in: Le Monde, 13.11.2013.

<sup>18</sup> Siehe dazu die Reaktion des Philosophen Hassner, Pierre: „Ce qui fonde un Etat, c'est la coïncidence d'une communauté, d'un territoire, d'une autorité, d'une légitimité et d'une administration. Or ces éléments constitutifs sont en train de se disjoindre.“ Zitiert bei Fressoz, Françoise: François Hollande à la recherche du pouvoir perdu, in: Le Monde, 21.11.2013, S. 23.